Ressort: Technik

Schulz will europäische Regelung gegen Falschmeldungen im Internet

Brüssel, 18.12.2016, 01:00 Uhr

GDN - Der scheidende EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) hat eine europäische Regelung gegen die Verbreitung von Falschmeldungen im Internet gefordert. Wenn eine freiwillige Selbstverpflichtung nicht ausreiche, "muss der Gesetzgeber tätig werden - und zwar nicht nur national, sondern europäisch", sagte Schulz den Zeitungen der Funke-Mediengruppe.

Falschmeldungen verletzen Persönlichkeitsrechte. "Ich bin dafür, die Opfer zu schützen in einer strafbewehrten Form", sagte er. "Fake News` sollten für Unternehmen wie Facebook richtig teuer werden, wenn sie die Verbreitung nicht verhindern." Schulz betonte: "Wir müssen uns vor Manipulationen des Wahlkampfs im Internet schützen - und gegen `Fake News` und `Social Bots` vorgehen." Aus der großen Reichweite der sozialen Netzwerke erwachse eine erhebliche Verantwortung, sagte der Parlamentspräsident. "Facebook und Co. müssen mehr sein als Geldvermehrungsmaschinen." Sie hätten Standards einzuhalten. "Es dürfte technisch kein großes Problem sein, `Fake News` zu kennzeichnen oder zu löschen. Es muss auch möglich sein, Ansprechpartner zu benennen, die rund um die Uhr für solche Fragen bereitstehen", sagte er. "Mit Zensur hat das nichts zu tun."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-82573/schulz-will-europaeische-regelung-gegen-falschmeldungen-im-internet.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619